



AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Evakuierter
Wahlkampf

Anstehende Forderung:
Hände weg vom
Grundgesetz!

Wenig Berichterstattung
zum Klimastreik



Stadtgespräch

Schade, die Ankündigungen des Klimastreiks wurden viel größer gebracht als die Berichte darüber



Was so Wichtiges, klar, dass das groß angekündigt wurde auf der Internetseite der Zeitung, mit Fotos vom letzten Mal, wo es Menschen in großer Zahl gab, so richtig jenamäßig dreinblickend, mit Klimastreikgesicht bei ihrer ambitionierten Freizeitgestaltung. Denn es sind ja nicht nur die von Fridays for Future, die vielleicht wieder einmal die Schulstunden effektiv nutzen, sondern auch Menschen, die sich damit befassen haben, was ein Streik ist.

Da wäre zu erwarten gewesen, dass die Berichterstattung über das stattgehabte Ereignis ange-

messen groß ausfällt, dass auch dem letzten Zeitungsutzer klar wird: davon erholt sich Israel nicht mehr!

War aber leider nicht, die Mechanismen der Informationsökonomie wirken ohne Rücksicht auf das Anliegen und die Wahlkampfzeit, man kann ein Thema nicht immer wieder bringen ohne Steigerung, sonst verfällt der Neigkeitswert. Ging schon den Montagsdemonstranten so, jetzt den Freitags-Ebensolchen.

Es ist nicht der Presse anzulasten, dass sie nicht mehr daraus gemacht hat, als die Sache her-

gibt, die Organisatoren sind in der Pflicht, sich der Dynamik des Nachrichtengeschäfts anzupassen. Wir hätten es gutgefunden, wenn zum Beispiel ein Kampf gegen Klimastreikbrecher spektakulär inszeniert worden wäre, das Theaterhaus hätte gewiss die nötige Hilfe gegeben, es wäre auch daran zu denken, einen Hungerstreikenden auf dem Markt auszustellen, der aus Gründen der Dramatik auch noch aufhört zu trinken. Ein überschaubares Opfer verglichen mit der Weltdurchschnittslufttemperaturkatastrophe. ●

Begeisterung und Zuversicht

Ein Papparazzo der OTZ-Lokalredaktion hatte das Glück, den örtlichen SPD-Landtagsabgeordneten und –Kandidaten mit der Europa-SPD-Spitzenkandidatin Katharina Barley in einem Jenaer Café anzutreffen. Beim Knipsen waren beide so professionell, in die Kamera zu gucken, um auf dem Foto in der Zeitung die Leser da anzusprechen, wo sie die Seite aufschlagen.

Der Wahlkampf hat damit nichts zu tun, denn wählen kann sie ihn ja gar nicht.

Einen Originalton gab der Abgeordnete auch von sich; er sei begeistert von Katharina Barleys Zuversicht.

Zuversicht und Begeisterung sind zwei der wenigen Dinge, die mehr werden, wenn man sie teilt.

Hoffen wir nur, dass ihre Zuversicht nicht durch seine Begeisterung ausgelöst wurde, die Spirale von Zuversicht und Begeisterung lässt sich nicht unbegrenzt weiterdrehen, sie läuft irgendwann rückwärts.

Die Leser und Wähler brauchen darum diese Information umso dringender.

Die meisten kommen nicht ins Café, treffen nicht auf Katharina Barley und haben demzufolge einen Mangel an Zuversicht und Begeisterung zu tragen. ●



Sonne

Laut t-online ist Jena Deutschlands sonnenreichste Stadt vor Freiburg und Karlsruhe. Man hat sich schon gefragt, woher die Lichtstadt das Licht hat.

Gastauftritt

Der SPD-Oberbürgermeisterkandidat hatte zur Abschlussveranstaltung des Wahlkampfes Kevin Kühnert zu Gast auf dem Holzmarkt. Der kennt Leute. Wahlkampfabschluss war es, weil die SPD nicht erwartete, noch von der Stichwahl betroffen zu sein.

Verurteilung

Fünf Klimakleber der „Letzten Generation“ wurden verurteilt für eine Straßenblockade im Februar des vorigen Jahres. Die Aktivisten hätten gar nicht damit gerechnet, noch vor den Kippunkten den Prozess gemacht zu kriegen.

Stichwahl

Der oberbürgermeisterliche Amtsinhaber gewann die erste Runde mit deutlichem Abstand auf die dicht beieinanderliegenden Nachplatzierten. Beinahe hätte er



in die Stichwahl den gekriegt, gegen den er auf jeden Fall gewonnen hätte, doch seine Herausforderin ist nun die, von der viele sagen: Ich nehme die, da geht's schneller.

Besetzung

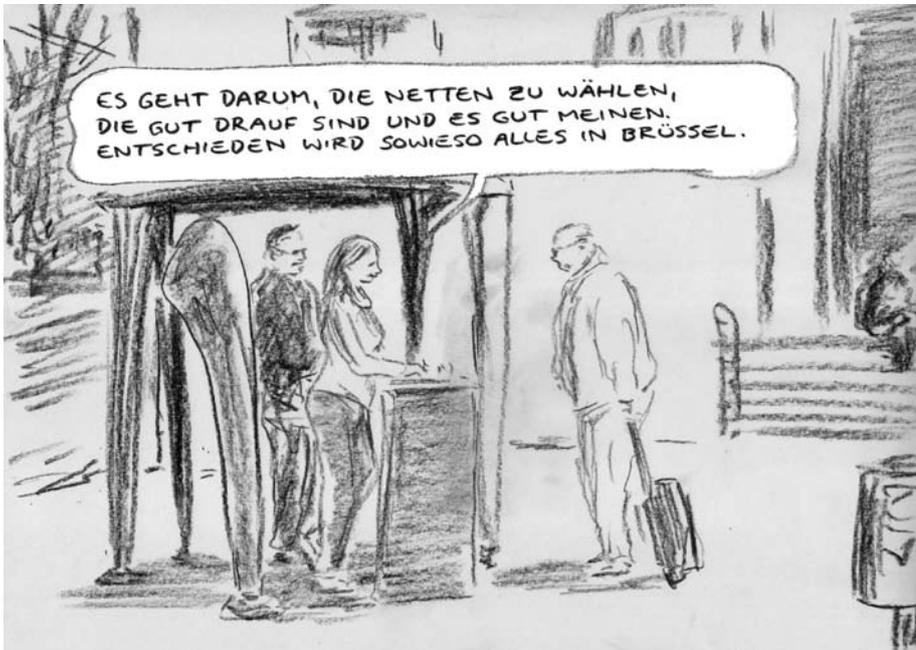
Laut Zeitungsmeldung haben Studierende als Protest gegen die Wahlergebnisse einen Hörsaal der Universität besetzt. Dass die Besetzenden zugleich Studierende sind, beweist ihre Multi-Tasking-Kompetenz. Sich mitten in der Universität festzusetzen, sieht allerdings eher danach aus, sich zu verschanzen. Es geschah so plötzlich, der Innenminister kam gar nicht dazu zu mahnen, genau hinzuschauen, neben wem man besetzt. Die Teilnahme an der Besetzung wird als Bachelorettearbeit in Geschlechtergeschichte anerkannt.

Besuch

Der umstrittene CDU-Chef Friedrich Merz besuchte den örtlichen CDU-Ableger im Rathaus und polarisierte, wie die Zeitung vermeldete. Vor dem Rathaus demonstrierten Demonstrationsteilnehmer im starken zweistelligen Bereich. Für Friedrich Merz ist es Routine, auch außerhalb der CDU mit Grünen und Linken konfrontiert zu werden.

Die völlige Leere

Politik wird aus dem Wahlkampf herausgehalten



Es wird nicht einmal mehr so getan, als wolle man vorgeben, freie mündige Bürger anzusprechen.

Niemand der Kandidaten wollte aus dem Nebelbrei hervortreten, allenfalls damit, noch gemeinsamer für ein noch zusammengerastetes Jena oder Europa zu sein.

Man redet, auf Nachfrage, über Hochbeete auf dem Holzmarkt und mehr Brunnen an den Stellen, wo schon mal welche waren.

So was wäre etwas für die laufende Amtszeit, nichts als Argument dafür, warum man gewählt werden soll.

Eine Dame hat aus Bayern ihre Konflikte mitgebracht, vor fünfzig Jahren brauchten Frauen die Einwilligung ihres Ehemannes zum Arbeitsvertrag. In Westdeutschland. Ist natürlich schlimm, wenn es die eigene Kultur betrifft, da nützt es nichts, dass dieser Paragraph im Familienrecht überwiegend von männlichen Bundestagsabgeordneten aufgehoben wurde, sie will mehr Frauen in privilegierten Posten, um die Perspektiven von Frauen einzubringen, denn die Straßenreinigung reinigt mehr dort, wo Männer fah-

ren. Hat man uns nicht versprochen, in der Demokratie kann eine Frau zur SPD gehen oder zu Olaf Scholz oder zu einer der Frauenbeauftragten, und die geben das Anliegen an die zuständigen Stellen?

Auch die Kandidaten aus den aussichtslosen Bereichen sind schon froh, wenn sie geduldet werden, und wollen nicht negativ auffallen.

Nun ist hier Jena, da ist der Bedarf an störungsfreiem Konsens sehr ausgeprägt, die Wähler belohnen es, nicht weiter aufgeregt zu werden. „Wir gucken mal, wie es läuft“ ist aber kein Wahlangebot.

Wenig überraschend wird der Wahlkampf weniger um die Stimmen geführt, mehr darum, wie die Nachwahlbetrachtungen auszu- sehen haben. Linke vergewissern sich, diejenigen zu sein, für die der Staat die Gesellschaft gefügig zu machen hat; da reichen die einfachen Bekenntnisse nicht mehr.

Der Kniff ist, dass Bürger unter Faschismusverdacht gestellt werden können einfach für einen Mangel an Zustimmungsbereitschaft. Mehr hat die linke Blase nicht zu bieten, sie kämpft mit den

Folgen ihrer Politik, besser gesagt damit, dass die Folgen immer augenfälliger zutage treten.

Unter den Demonstrationen tut sich die „gegen Naziterror“ besonders hervor. Welchen? Ja, das kriegt man gesagt. Nach dem Marsch der Abteilung, die von sich sagt, „Wir sind der Antifaschismus“, tönt eine Rednerin, vermutlich professionelle Antifaschistin, unter anderem davon, da wurde einer geschnappt, der sich im Drucker Waffen ausgedruckt hat, um sie gegen den politischen Gegner einzusetzen, war aber so vertrauensselig, Munition über das Internet zu bestellen, so dass die Behörden hätten einschreiten müssen.

Ja, es gibt schon üble Leute, und wir erwarten vollständige Aufklärung und dass der Rechtsstaat all seine klaren Kanten zeigt. Aber: Das gibt der da keine Grundlage für politische Aktivismen auf Kosten der Steuerzahler. Die Bürger müssen sich nicht zurechnen lassen, was irgendwer anderes tut oder sagt. Politiker und sonstige Repräsentanten des Hofes müssen das gegebenenfalls, man nennt es politische Verantwortung.

Die Demonstrationen sind natürlich ganz nach dem Geschmack der Zeitung. „Ich mache mir Sorgen um meine Tochter“, so heißt es in einer Überschrift dazu, warum Jenaer demonstrieren gehen.

Wir fragten die Redakteurin: Sind Ihnen noch weitere politische Haltungen bekannt, die mit „Ich habe Sorge um meine Tochter“ begründet werden, und soll diesen besorgten Bürgern auch ein Forum (Präsenz in der Zeitung, Leserbrief) gegeben werden?

Sie antwortete umgehend: „Sofern sich besorgte Bürger mit ihren Sorgen an die Presse wenden, können diese Sorgen auch thematisiert werden.“

Das geht uns beim Senioren-Akrützel ja genauso; wir wissen auch nur, was uns gesagt wird. ●

Report

Wie möchte es der Herr Ministerpräsident gesagt kriegen, wenn freie mündige Bürger „Hände weg vom Grundgesetz!“ fordern?



Das Grundgesetz, dessen Geltungsbereich beizutreten vor vierunddreißig Jahren von allen realistischen Optionen die glücklichste war, garantiert dem Bürger mit den Grundrechten eine Abwehr gegen den Staat, das hatten vor fünfundsiebzig Jahren die Macher als Lehre aus der gerade durchgestandenen Geschichte und als Kontrast zur Lage im Block hinter dem sogenannten Eisernen Vorhang, also damals bei uns im Sowjetgebiet, in der Tradition der Weimarer Verfassung und der Paulskirchenverfassung so gewollt, denn bewacht werden müssen die Herrschenden, nicht die Beherrschten. Die Demokratie bändigt die Macht.

Kein Wunder, dass das Grundgesetz den Herrschenden und Mächtigen gerade so viel wert ist, wie sie es brauchen, um in ihre Posi-

tionen zu gelangen, und darüberhinaus zur Last wird. Wenn auch nicht einmal die Vierte Gewalt, die Medien, Lust verspüren, Leuten wie Nancy Faeser zu helfen, Meinungsfreiheit als Wert von Verfassungsrang zu behandeln und sich dementsprechend zu verhalten, dann kommt die Demokratie genau dahin, wo sie jetzt ist, zu den rhetorischen Sprachstanzen neben Weltoffenheit und Solidarität und Zusammenhalt.

Da wundert es auch nicht, dass Thüringens Ministerpräsidentenwessi Ramelow vorschlägt, das Grundgesetz durch vorgesehene Volksabstimmung zur Verfassung hochzustufen, um den Ostdeutschen einen emotionalen Bezug zu geben.

Also bitte, er kann nicht glauben, dass wir glauben, dass er es selber glaubt. Er weiß, was

los wäre, wenn sich diese einmalige Gelegenheit auftäte, die Verfassung zu modernisieren. Vielfalt und Toleranz und bunte Diversität und Inklusion kriegen Verfassungsrang, Klimanachhaltigkeit und Genderpunk, Pressefreiheit als Kampf gegen Desinformation, Menschenwürde als Auftrag zum Kampf gegen Groll und Unmut, all so was bekommt die linke Verfassung.

Etwa nicht?

Doch. Was sonst. Das ist, was Linke tun, man kann nicht erwarten, dass Linke etwas anderes tun als das, was sie können. Sie können nichts anderes und sie können nicht anders.

Ramelow kann nicht sagen, das habe er nicht sagen wollen. So sehr können ihm die Würmer, die ihn zum Beispiel auf zeit-online als alternativlos beschleimen, nicht zu Kopf gestiegen sein.

Und nun wäre das der Punkt, wo diejenigen, die die Bürger verhöhnen, es mit starken Bürgern zu tun bekommen müssten. „Hände weg vom Grundgesetz!“ ist zu fordern.

Nun sind wir ja Kumpel, darum fragten wir bei der Pressetante der Ramelow-Staatskanzlei, wie der Herr Ministerpräsident es denn gerne gesagt bekommen möchte – Demonstrationen, Soziale Netzwerke, Zeitungsartikel – und ob die Landesregierung Gegendemonstranten unterstützen würde gegen die Bürger, die gegen eine neue linke Verfassung demonstrieren würden.

Ferner fragten wir bei der Pressestelle des Thüringer Verfassungsschutzes, ob der Verfassungsschutz die Bürger, die mit „Hände weg vom Grundgesetz!“ demonstrieren und protestieren würden, schon vor Inkrafttreten der neuen linken Verfassung oder erst danach als staatsdelegitimierende Verfassungsfeinde einstufen würde.

Haben sie nicht beantwortet, vielleicht waren sie noch ganz in den Feierlichkeiten zu 75 Jahre Grundgesetz.

Wir werden sehen.

Künstliche Intelligenz fälscht eine nicht echte Presseerklärung der Bundesinnenministerin täuschend ähnlich, wie hätte man es bemerken können?

Wir wären auch beinahe selbst darauf hereingefallen, eine nicht echte Presseerklärung der Bundesinnenministerin Nancy Faeser war nicht von ihr, sondern durch Künstliche Intelligenz generiert, ohne Zutun und Zustimmung der Ministerin, darin hieß es, gefälschtermaßen, die Ministerin fordere dazu auf, das Mannheim-Video nicht weiter zu verbreiten, es nütze den Falschen, was sie so nicht gesagt hat und nicht ihr zuzurechnen ist.

Und beinahe hätten wir angefragt, was sie denen empfehle, die das Video schon gesehen haben, was die zum Ausgleich gucken sollen oder um das Gesehene zu vergessen. Aber, wie gesagt, das war gar nicht echt, nicht von ihr und keine Presseerklärung. Man muss heute alles mindestens einmal prüfen.

Aus diesem Grund richteten wir eine Anfrage an die Pressestelle des Bundesinnenministeriums mit der Bitte um klarstellende Mitteilung: Worin weicht die KI-Satire ab von dem, was die Frau Ministerin sagen oder verlautbaren lassen würde?

Eine einfache und schnell beantwortbare Frage mit den möglichen Antworten: In allem, in nichts oder in den aufzuzählenden Punkten.

Wir erhielten aber gar keine Antwort, was auch verständlich ist, die Künstliche Intelligenz denkt ja auch mit und würde beim nächsten Mal mit diesem Wissen noch stärker täuschen. Und das können wir nicht wollen. ●



Drei Gründe diskutieren beim vierten die Wahlergebnisse

*Selbstverständlich würden wir auch andere Meinungen hören,
aber erstens kennen wir die schon, und zweitens kommen
die von solchen, denen man keine Bühne geben darf.*



Nein, darüber machen wir nichts.

Wir werden immer wieder auf mögliche Themen hingewiesen, deren wir uns meistens annehmen, weil zum Journalismus das Erfüllen von Erwartungen gehört. Aber hierzu nun doch nichts.

Treffen sich drei gesichert linksgrüne Aktivposten, eine Spitzenkandidatin und Landesvorsitzende, eine parastaatliche Feindbeobachterin und ein nützlicher Journalist, in der Evangelischen Akademie Thüringen, um die Lage nach den Kommunalwahlen zu analysieren, wie es heißt.

Na ja, was gibt es da noch zu analysieren, da sitzen die Grünen.

Natürlich nicht alle, aber so repräsentativ wie sonst nur selten in der Politik.

Weder in der Fragestellung noch, so lässt sich wetten, in der Rederunde kommen Bürger, die sich eine eigene Meinung bilden und eine Wahlentscheidung treffen, vor, und wenn doch, dann als Problemfälle und als Belastete, die keine Entschuldigung vortragen können.

Die Grünen können nicht abgewählt werden, aber was geht, ist, sie wenigstens aus dem Parlament hinauszuwählen. Wenn die Beschimpfungen, denen man als Einzelner oder als Region infolgedessen ausgesetzt ist, auch nicht mehr schlimmer sind als die Folgen der grünlinken Politik, ist das eine Option, zu der zu greifen Leute imstande sind.

Was man im Führungsgremienbunker nicht erkennen können will, ist die Motivation, den Blödsinn abzuwählen. Wer kommt

und sagt, mit uns gibt es diese Gesamtverblödung nicht und wir hören auf mit dem Unsinn, hat schon das bessere Wahlangebot und die höhere Kompetenz.

Eine solche Veranstaltung dient dann auch nicht dem Gewinn neuer Erkenntnisse oder anderer Perspektiven, bezweckt wird nicht, sich in den Bereich der Glaubwürdigkeit hochzugraben, sondern einander zu bestätigen.

Jetzt sind die drei auch nicht komplett identisch, jedes hält sich für das Wichtigste und Beste der Runde und sieht Defizite bei den anderen.

Aber der Gegner ist der gemeinsame, das verbindet und gibt Kraft für die Herausforderungen der vor uns liegenden Zeit.

Nicht dass man noch das Signal aussendet, man würde Denkkzettel auswerten. ●

DA LACHT EUROPA



Wie man im Wahlkampf sehen konnte: Die Montagsdemonstranten haben versagt

Auch die kleinen Neuparteien und Unparteien haben nur die Kompetenz kopiert, von Zeichen und Profilen und Positionierungen zu reden in Vorbereitung darauf, am Wahlabend zu sagen, „Es ist uns nicht gelungen, unsere Inhalte an die Bürger zu vermitteln“. Die grünen Parteien haben es erst recht nicht nötig, irgendwas zu vermitteln.

Und was ist, wenn sie nach Corona gefragt werden?

Mit Mühe geben sie zu, dass nicht alles so gelaufen ist, wie es laufen würde, nachdem man es jetzt besser weiß.

Man scheint sich auf eine gemeinsame Linie geeinigt zu haben, die da lautet: ja, Schulschließungen nicht noch einmal, aber schwierige Abwägung, Freiheit gegen Leben.

Wenn das die Abwägung ist, ist sie eigentlich nicht so schwer. Die Frage ist eben genau die, ob das die Entscheidung ist.

Und sonst so? Masken, Betretungsverbote, der ganze von Karl Lauterbach so bezeichnete Schwachsinn der Draußen-Maßnahmen, Kontrollen von Zusammenkünften, Kontaktnachver-

folgung, Luca-App? Hetze gegen die, die die Lage anders einschätzen beziehungsweise genau so, wie die Statistik es nahelegt? Staatsfeinde alle?

Was ist mit der verkommenen Presse, möchte die nach verlorenem Vertrauen recherchieren?

Wären alles interessante Fragen, genauer gesagt wäre interessant, was die Verantwortlichen, die jeg-

liche Verantwortung von sich weisen, nun selbst von sich halten. Wir ahnen es, sehen aber einen Anspruch, es zu erfahren.

Es ist nämlich so, selbst wenn die Einschätzung der Lage richtig gewesen wäre und die Maßnahmen vertretbar – eine Demokratie geht so nicht mit den Abweichlern um. Eine Demokratie sinkt nicht so tief, von sich zu behaupten, doch, ja, nur das ist demokratisch, was die nicht legitimierten Organe da bestimmt haben und mit Gewalt durchdrücken.

Aber man hat gelernt, nämlich, was geht. Wenn das geht, geht alles.

Die Montagsdemonstranten haben nicht ein Mal als Demonstrationsbotschaft vermittelt: Hallo, hier, wir hatten recht. Das muss man in der Informationsgesellschaft. Die Medien wären vorbereitet gewesen, die Rechthabefaschisten wollen die Meinung definieren, das gab es schon.

Aber genau das hätte man thematisieren müssen, nicht den Weltfrieden.

Und darum sind wir jetzt da, wo wir sind. Die nächsten Schulschließungen sind eine völlig andere Angelegenheit; niemand hat gesagt, es gäbe nie wieder welche. ●



IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Kein Druck, nur Digitalvernetzung

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund,

verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

Anregungen und Aufregungen an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

Internetseite www.seniorenakruetzel.blogger.de

Fast hätte die Polizei kommen müssen: FDP wird am Wahlkampfstand Opfer übler Schimpfe

Ein Fall von Unmut gegen Lokalpolitiker, der nicht in die Statistik eingeht.

Stehen also welche am gelben FDP-Schirm und werben für die Wiederwahl des Amtsinhabers. Warum man den wählen sollte, wird einer gefragt, der eigentlich nur Zettel aushändigen möchte und höchstens noch vorlesen will, was da steht. Autos und Osttangente, das fällt ihm ein, und Nietzsche habe von Anfang an zwei Amtszeiten im konzeptionellen Auge gehabt.

Das reicht dem verbalen Angreifer nicht; was man denn erwarten könnte bei der nächsten Pandemie und ob es überhaupt sonst irgendwas Substantielles gäbe, außerdem behauptet er das Hassnarrativ, für nichts, wofür man den Oberbürgermeister vor sechs Jahren gewählt habe, stünde er. Der junge Liberale ist überfordert und ersucht um Beendigung des Gesprächs, weil man, womit er rechthat, nicht weiterkomme. Das lässt der Eskalationssuchende aber nicht zu und fragt andere FDPler, die herumstehen und sich abwenden, als wären sie nicht da, ob jemand dem Alleingelassenen beistehen wolle, etwa mit substantiellen Wahlangeboten statt Parteigequatsche. Solche Wörter aus dem Hetzrepertoire wollen die natürlich nicht hören und berufen sich darauf, dass hier schließlich Partei sei. Provozierende Vorwürfe der Arroganz gehen auf sie ein.

Ein Jungliberaler nimmt tatsächlich einen Versuch vor, mit Anekdotischem die persönliche Note einfließen zu lassen; Nietzsche habe ihn und andere Jungsche gefördert.

Das, so entgegnet der unmütige Bürger, sei schön für ihn und innerparteilich nobel, aber kein Grund für Außenstehende zur Wahl.

Ein älterer Liberaler versucht es im Guten mit dem Hinweis, „Sie merken schon, dass Sie hier nicht erwünscht sind“ und „Sie

haben Ihre Meinung und wir unsere“, worauf der Unbelehrbare die Hassbotschaft sendet: „Um meine Meinung geht es nicht, es kommt überhaupt nicht darauf an, was ich denke – wenn es danach ginge, würde ich doch sagen, Sie taugen was!“ Es fällt sogar der Halbsatz „Wie dumm muss man sein?“, was eine Quotenfrau am Stand nicht dulden will, auf so eine Frage braucht sie auch nicht zu antworten.

Die Freien Liberalen zücken das

Telefon und wollen die Polizei rufen, was nur zu gut in das Konzept des Wutbürgers passt. Er habe, so seine Verschwörungsgeschichte, ihnen vor Augen geführt und sie selber sehen lassen, was sie sind und wer sie sind, das ertragen sie nicht, mögen sie doch irgendetwas Substantielles sagen.

Dass sie das nicht nötig haben, leuchtet ein.

Und wir wissen jetzt und sagen es Ihnen, was man tun muss, um bei der FDP unerwünscht zu sein.



Jenaer Impressionen



Reklame

Cartoons From a Room



Kostenloses Gratis-PDF zum Umsonst-Herunterladen für 0,- Euro ohne Bezahlschranke auf www.zellerzeitung.de unten bei anderen Klassikern



www.solibro.de



www.neusatzverlag.de

Senior-Influencer Auf Youtube oder www.zellerzeitung.de

DAS DING für Ihre Einweihungsparty
oder alle anderen Events

**BEKANNTER KARIKATURIST ZEICHNET
ALLE, DIE DAS WOLLEN
(03641) 619434
IN JENA ~~AB~~ BIS 300,- EURO**

Ende der Reklame



Studie: Unzufriedenheit wird zum Standortnachteil



Missmut ist hauptsächlich das Problem der Missmutigen? Weit gefehlt, wenn man das gedacht hat. Die Auswirkungen auf den Standort sind immens, wie eine Studie aus der Wissenschaft belegt. Danach sind die Verhältnisse dort am ungünstigsten, wo die Leute ihrer schlechten Laune freien Lauf lassen. Kein Wunder; Arbeitgebende wollen keine maulenden Beschäftigten, sondern motivierte Kräfte, sonst haben sie auch keine Lust zum Arbeitgeben, und so passiert es.

Spatenstich bildet Auftakt zum Start in die traditionelle Kostenexplosion



Die Freunde des Spatenstichs kamen beim Spatenstich auf ihre Kosten, die allerdings schon höher ausfielen als geplant. Für Überraschungen sorgte die ausbleibende Misslichkeit, mit der zu rechnen ist, wenn man bedenkt, was bei so einem Spatenstich alles schiefgehen kann.

Die schwächelnde Wirtschaft muss durch mehr staatliche Arbeitsplätze ausgeglichen werden

Robert Habeck gibt zu: Ampel war ein Test dafür, wie weit das Land bereit ist, die Politik zu ertragen, wenn es konkret wird



Der Staat macht nicht nur keine Fehler, er ist auch ein zuverlässiger Arbeitgeber. Wenn es die Wirtschaft nicht bringt, muss der Staat einspringen und Stellen schaffen. Auch, um die Demokraten, die bei Wahlen nicht die gebotenen Erfolge verzeichnen, in der Arbeit für die Demokratie zu halten. Thüringen nimmt hier seine Vorreiterrolle wahr, die zum Vorbild für die anderen Bundesländer werden muss.



Auf dem Fest für Unseredemokratie hat Wirtschaftsminister Habeck zugegeben, dass die Ampel ein Testlauf war, und damit das Rätsel gelöst, was das alles eigentlich soll und was die sich dabei denken. Manche sagen nun, er ist zu weit gegangen. Aber wir sagen, man soll einem großen Mann nicht den Weg versperren.